

Zeitschrift: Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 86 (2013)

Heft: 4: 100 Jahre schweizerischer Fourierverein : 1913-2013

Rubrik: Meldungen aus der Armee

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Verpflegungswesen wird eine wichtige Neuerung eingeführt: Die Verpflegungsbeurteilung bleibt unverändert, im Abrechnungsverfahren tritt eine Änderung ein. Abgerechnet wird nicht mehr nach Portionen und Geld, sondern nur noch in Form eines Verpflegungskredites. Damit hat der Rechnungsführer völlige Freiheit in der Menuegestaltung, unter Berücksichtigung des Pflichtkonsums. Der Verpflegungskredit beträgt für Rekruten- und Kaderschulen Fr. 2.85 und für Wiederholungs- und Ergänzungskurse Fr. 2.95 pro Mann/Tag. Ferner findet eine Zuord-

nung der Betriebsstoffe zum Kommissariatsdienst statt.

An den Fouriertagen vom 3. bis 5. Mai 1963 feiert der Schweizerische Fourierverband sein 50jähriges Jubiläum in St. Gallen. Es ist eine machtvolle Demonstration des hellgrünen Dienstes mit einer Fachdienst-Ausstellung von Versorgungs- und Verpflegungseinrichtungen der Armee und einer Demonstrationsküche, der Delegiertenversammlung, Wettkämpfen, Gästeempfang, Abendunterhaltung, Festzug, Jubiläumsakt und Totenehrung. Die

Fachzeitschrift «Der Fourier» erscheint zum Jubiläum in erweitertem Umfang als Sondernummer, Nummer 4, im April 1963, mit Beiträgen zu den Versorgungstruppen, der Verwendung des Nachschubes bei der Truppe und der Ausserdienstlichen Tätigkeit. Die Fouriertage 1963 in St. Gallen sind ein Markstein in der Geschichte des Schweizerischen Fourierverbandes.

Fortsetzung folgt.

Oberst Roland Haudenschild

Schlussbericht 39. Schweizer Waffen-Sammlerbörse Luzern

Kultmesse für Sammler in Luzern war erfolgreich

Mit 9400 Besucherinnen und Besuchern ging die grösste und älteste Schweizer Waffen-Sammlerbörse in Luzern am Sonntagabend, 24. März 2013 mit zahlreichen gebotenen Aktivitäten wie dem «Historischen Schwertkampf» oder dem sportlichen und kameradschaftlichen Geländespiel Airsoft erfolgreich zu Ende.

90 Fachgeschäfte boten eine attraktive Auswahl an Sport-, Sammler- und Jagdwaffen, Militaria, Raritäten, Handwerkskunst und Jagdreisen. Die beiden Gratis-Probeschiessstände für Armbrust, Pfeil und Bogen sowie der Airsoft-Parcours wurden rege benutzt und die Pfefferspray-Demonstration zog viele Interessierte an.

Erneut dabei waren die Kämpfer des Genfer Vereins Gagschola. Sie präsentierten das Sonderthema «Historischer Schwertkampf» und versetzten in täglichen Kampftechnik-Shows das Publikum ins Mittelalter zurück. Die Kultmesse lockte in drei Tagen ein internationales Publikum nach Luzern.

Mehr Info: www.waffenboerse-luzern.ch



Die Kämpfer des Genfer Vereins Gagschola zeigten Techniken, die sie aufgrund historischer Dokumente einstudiert hatten.

Gripen

Kommission tritt auf die Beschaffung des Kampfflugzeugs ein

Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates

Nach einer Besichtigung des Gripen-Demonstrators ist die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) heute auf das Rüstungsprogramm 2012 und auf das Gripen-Fondsgesetz eingetreten. Zudem hat sie das weitere Vorgehen festgelegt.

Das Eintreten wurde mit 9 zu 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen beschlossen. Für die Mehrheit ist unbestritten, dass die veralteten Tiger-Kampfflugzeuge ersetzt werden müssen. Die SiK-S wird an ihrer Sitzung vom 21. Februar 2013 die Beratung der Vorlage (12.085) fortsetzen.

Volksinitiative: «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»

Die SiK-S beantragt mit 9 zu 4 Stimmen, die Initiative (12.073) ohne Gegenentwurf abzulehnen. Eine Freiwilligenarmee kann die Sicherheit der Schweiz nicht gewährleisten. Die Aufhebung der Wehrpflicht ist der erste Schritt hin zur Abschaffung der Schweizer Armee, argumentiert die Kommissionsmehrheit weiter. Freiwilligenarmeen kennen zudem Rekrutierungsprobleme, was zu einer einseitigen und damit unerwünschten Zusammensetzung der Armee führt. Eine solche Freiwilligenarmee würde auch kein Vertrauen der Bevölkerung geniessen und könnte überdies die nötigen Bestände nicht garantieren. Für die Kommissionsmehrheit ist die allgemeine Wehrpflicht das für die Schweiz massgeschneiderte Kon-

zept. Die Armee kann so viele Militärkräfte in der gewünschten Qualität aufbieten, wie es die jeweilige Bedrohungslage erfordert. Dank der allgemeinen Wehrpflicht können für die Armee möglichst breite zivile Kenntnisse und Fähigkeiten nutzbar gemacht werden. Eine Wehrpflicht- bzw. Bürgerarmee ist sozial und regional durchmischt und gewährleistet eine enge Verbindung zwischen Armee und Gesellschaft.

Für die Minderheit, welche die Initiative unterstützt, ist mit dem aktuellen System die Wehrgerechtigkeit nicht mehr gewährleistet. Nur rund 45 Prozent eines Jahrgangs von Wehrpflichtigen leisten ihre Militärdienstpflicht vollständig. Die Initiative ist eine willkommene Gelegenheit für eine vertiefte und zukunftsgerichtete Debatte.

Die Kommission hat am 17./18. Januar 2013 unter dem Vorsitz von Ständerat Hans Hess (FDP, OW) und teils in Anwesenheit des Chefs des VBS, Bundespräsident Ueli Maurer, in Emmen und Bern getagt.

Bern, 18. Januar 2013 Parlamentsdienste



Der Weg der Schweiz

18.01.2013

Referat von Bundespräsident Ueli Maurer anlässlich der Albigüetlitagung der SVP des Kantons Zürich vom 18. Januar 2013 in Zürich.

Es gilt das gesprochene Wort!

Eine verblendete, vermeintliche Elite glaubt immer wieder, auf der Weltbühne für die Schweiz eine grosse Rolle suchen zu müssen. Kleinmut oder Grössenwahn waren immer wieder die Triebfeder, unsere Schweiz und ihre Werte aufzugeben und sich anzupassen. In unserer Geschichte finden sich zahlreiche Beispiele.

Im Gegensatz zu euphorischen Internationalisten glaubt unsere Bevölkerung nicht, dass wir eine grosse historische Mission zu erfüllen haben. Wir wollen nicht andere bekehren und beeinflussen. Die Bevölkerung glaubt auch nicht, dass wir überall mitmachen müssen, nur weil es gerade Mode ist.

Gottfried Keller hat es prägnant auf den Punkt gebracht, als er schrieb: «Alles Grosse und Edle ist einfacher Art.»

Unser Staatszweck ist gross und edel, weil er einfach ist: Es geht darum, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes so viel Freiheit wie möglich zu sichern.

Auch diese staatspolitische Zurückhaltung reicht weit in die Geschichte zurück: Niklaus von der Flüe gab schon im 15. Jahrhundert den Rat: «Machet den Zun nit zu wit!» und «Mischt Euch nicht in fremde Händel».

Der Weg der Schweiz

Welches ist der Weg der Schweiz heute? Ich möchte drei wesentliche Grundsätze beschreiben, die unser Land im Innern, vor allem aber auch gegen Aussen charakterisieren:

1. Die humanitäre Tradition mit den Guten Diensten
2. Die bewaffnete Neutralität
3. Das Recht des Kleinstaates gegen die Machtpolitik der Grossen

150 Jahre IKRK

Die humanitäre Tradition feiert dieses Jahr ein markantes Ereignis: 150 Jahre Rotes Kreuz.

Es war an einem heissen Sommertag im Jahre 1859. Ein junger Genfer Geschäftsmann ist in Norditalien unterwegs. Er will Napoleon III. treffen, um Landkonzessionen in der französischen Kolonie Algerien zu erhalten. So kommt er am Abend des 24. Juni 1859 in die Gegend von Solferino – Und: er kommt auf ein Schlachtfeld. Er lernt nicht den französischen Kaiser kennen, sondern die Hölle auf Erden.

Die Truppen Frankreichs und Sardinien-Piemonts auf der einen Seite und des Kaiserreiches Österreich-Ungarn auf der andern Seite hatten sich eine ausserordentlich blutige Schlacht geliefert. Jetzt liegen auf diesem Schlachtfeld zehntausende von Toten und Verletzten. Unversorgt. Es fehlt an allem, an Ärzten, Sanitätern, Medikamenten, Verbandstoff, sauberem Wasser, Essen ...

Der junge Mann aus Genf stellt seine Geschäfte zurück und organisiert spontan mit der Zivilbevölkerung aus dem Umland Hilfe. Kirchen werden zu Lazaretten. Die Mädchen und Frauen aus den Dörfern zu Krankenschwestern.

Nach seinem Erlebnis bei Solferino will er nicht mehr zurück in sein Leben als internationaler Geschäftsmann: Dieser junge Genfer ist Henri Dunant. Er verschreibt sich von nun an ganz der humanitären Hilfe. Seine unvergleichliche Leistung kennen wir: 1863 wird in Genf das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das IKRK, gegründet. Dieses Jahr kann das IKRK also das 150-Jahr-Jubiläum feiern.

Seit 150 Jahren sind es Schweizer Helfer, die Leid in den Krisen und Kriegen überall auf der Erde lindern. Oder pointierter: Wir holen seit anderthalb Jahrhunderten die Menschen aus den Trümmern, die andere mit Grossmachtpolitik überall auf der Welt hinterlassen.

Ich meine, es ist kein Zufall, dass das IKRK in der Schweiz gegründet worden ist. Dunant hat auf dem Schlachtfeld von Solferino das Schlagwort «Tutti fratelli» geprägt. Damit hat er seinen Helfern klar gemacht, dass man die Soldaten beider Seiten pflegt.

Das entspricht unserer Haltung, unserer Neutralität. Die Neutralität ist auch entscheidend für die weitere Entwicklung des IKRK und unserer Guten Dienste überhaupt. Denn wir verfolgen keine Grossmachtsziele, wir gehören keinem Block oder Bündnis an. Darum sind wir unverdächtig und glaubwürdig.

Bewaffnete Neutralität

Kommen wir zum zweiten Grundsatz, zur bewaffneten Neutralität. Sie war und bleibt die Basis für die humanitäre Tradition der Schweiz. Aber sie ist als eigentliche Staatsmaxime für die Schweiz noch von weit grösserer Bedeutung.

Professor Bindschedler, der einstige Jurist und Berater des Bundesrates in völkerrechtlichen Fragen, gehört meines Erachtens zu jenen, die sich wirklich fundamentale Gedanken über die Neutralität gemacht haben. Er brachte die internationale Bedeutung der Schweizer Neutralität auf den Punkt:

Die Schweiz hat als Kleinstaat wenig Einfluss auf das Verhalten anderer. Die Welt können wir also nicht retten. Trotzdem können wir einiges zum Frieden beitragen. Er schrieb sogar, Neutralität, das sei «Friedenspolitik par excellence».

Er begründete es so: Neutralität muss bewaffnete Neutralität sein. So wird ein Sicherheitsvakuum verhindert, das den Frieden gefährden könnte. Die Schweizer Armee leistet also ein Friedensengagement, auch ohne dass sie bei internationalen Operationen im Ausland teilnimmt.

Sie sorgt schlicht durch ihre Existenz für Stabilität im Herzen von Europa und sichert wichtige Nord-Süd-Achsen. Auch das ist ein Beitrag zum Weltfrieden.

Mit Existenz meine ich allerdings, dass die Armee nicht nur auf dem Papier existiert. Sondern dass sie in der Lage ist, unser Land und seine Bevölkerung im Ernstfall tatsächlich auch mit Waffengewalt zu schützen und zu verteidigen.

Sicherheit als Kernaufgabe

Im kommenden Herbst stimmen wir über die Volksinitiative der GSoA zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ab. Die Abschaffung der Wehrpflicht würde unser Sicherheits- und Staatsverständnis erschüttern. Dies aus zwei Gründen:

Erstens: Mit Freiwilligen ist die Sicherheit nicht gewährleistet. Westliche Nationen, die die Wehrpflicht abgeschafft haben, haben generell Mühe, gut qualifiziertes Personal für ihre Berufsarmeen zu rekrutieren. Damit besteht die Gefahr, dass sich jene in einem Be-

rufsheer sammeln, die – aus welchen Gründen auch immer – sonst auf dem Arbeitsmarkt nicht bestehen können. Das belegen Beispiele aus dem Ausland.

Mit der Wehrpflicht und der Milizarmee dagegen profitieren wir vom riesigen Reservoir von Können, Wissen und Talenten. In der Schweiz ist dieses gewaltig, handelt es sich doch weitgehend um denselben Personalpool, der eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt antreibt.

Zweitens: Der Bürger als Soldat hat das Vertrauen der Bevölkerung; Freiwillige oder bezahlte Söldner haben es nicht.

Die Entwicklung moderner Konflikte macht das Vertrauen noch wichtiger: Diese modernen Konflikte werden nicht auf einem Schlachtfeld fern der Zivilbevölkerung ausgetragen, sondern überall – in Städten und Dörfern. Das stellt an Soldaten noch höhere Anforderungen: Sie müssen ihren Auftrag inmitten der Bevölkerung erfüllen. Das setzt also nicht nur einfach soldatischen Drill voraus, sondern auch viel Sozialkompetenz. Das höchste Vertrauen der Bevölkerung erwerben sich darum Soldaten, die im Zivilleben selbst Teil dieser Bevölkerung sind.

Zu diesen innenpolitischen Gründen kommen Überlegungen zur momentanen Sicherheitslage: Moderne Krisen haben selten eine lange Vorwarnzeit. So wurden beispielsweise auch Nahostexperten von den Revolutionen in den arabischen Ländern überrascht. Und wie der arabische Raum nur schon in einem halben Jahr aussieht, ist absolut offen. Für zusätzliche Unberechenbarkeit sorgen neue Konfliktformen: Der Überraschungseffekt ist typisch für den Terrorismus. Aber auch für Cyber-Angriffe ist charakteristisch, dass ein unbekannter Angreifer zu einem unbekannten Zeitpunkt an einem unbekannten Objekt zuschlägt.

Auf all diese Entwicklungen und Bedrohungen müssen wir Antworten finden. Für die Armee heisst das, sie muss als Sicherheitsreserve sofort zur Verfügung stehen. Und sie muss so ausgerüstet und ausgebildet sein, dass sie vielfältige Aufgaben erfüllen kann, von der Unterstützung ziviler Behörden bis zum Kampfeinsatz. Bei Amtsantritt habe ich von der besten Armee gesprochen. Viele haben damals gelacht. Weil sie die Milizarmee nicht verstehen wollen.

Die beste Armee haben wir, wenn sich alle mit der Armee identifizieren; wenn alle verstehen, dass wer von der Sicherheit profitieren will, auch einen Beitrag zur Sicherheit leisten muss. Denn Sicherheit geht alle an. Alle können und sollen dazu einen Beitrag leisten, auch dann, wenn sie selbst nicht dienstpflichtig sind.

Und zuletzt hat Sicherheitspolitik auch noch einen staatspolitischen Aspekt: Wir sollten zudem nicht vergessen, dass Sicherheitspolitik immer auch Souveränitätspolitik ist. Es geht darum, den Anspruch auf Souveränität glaubwürdig zu unterstreichen.

Recht und Macht

Nach der humanitären Tradition der Schweiz und der bewaffneten Neutralität komme ich zum dritten Grundsatz, zu Recht und Macht.

Ich will das näher erklären. Wenn wir die internationalen Beziehungen nüchtern analysieren, dann sehen wir, dass diese durch zwei Faktoren geprägt werden: Durch Macht und durch Recht.

Es ist eine Leistung der Zivilisation, dass Recht vor der Macht kommt. Aber das Recht hat die Macht nicht vollständig ersetzt. In letzter Zeit erleben wir sogar eine Renaissance der Machtpolitik. Mit der Schuldenkrise nimmt der Verteilungskampf zwischen den Staaten zu. Vor allem grosse Staaten setzen ihre Interessen wieder vermehrt mit Macht durch.

Ich möchte auf das Verhältnis von Recht und Macht näher eingehen:

Europa hat eine grossartige und reiche Vergangenheit. Aber auch eine blutige und leidvolle. Eine besonders blutige und leidvolle Epoche war jene des Dreissigjährigen Krieges. Sie brachte Elend – aber auch eine Erlungenschaft. Mit dem Westfälischen Frieden von 1648 kam ein neues Prinzip in die internationale Politik: Die Souveränität der Staaten und das Recht als Grundlage zwischenstaatlicher Verhältnisse.

Seither gilt: Man anerkennt sich als gleichwertig und ersetzt im Umgang miteinander die Macht durch Recht. Dabei respektiert man gegenseitig die unterschiedlichen Rechtsordnungen. Und wenn es etwas zu regeln gibt, dann regelt man das in einem Vertrag zwischen gleichwertigen Parteien.

Der Westfälische Friede wird als der historische Beginn einer europäischen Friedensordnung gleichberechtigter Staaten verstanden. Er steht am Anfang einer Entwicklung, die schliesslich zum modernen souveränen Nationalstaat führte.

Aus dem Westfälischen Frieden entwickelte sich das sogenannte Westfälische System: Die Staaten sind souverän und untereinander gleichberechtigt.

Das hat Europa nicht den ewigen Frieden gebracht. Aber es hat unserem Kontinent doch entscheidende politische Stabilität verliehen.

Und damit zu anhaltendem Fortschritt und wirtschaftlichem Aufschwung geführt.

Renaissance der Machtpolitik

Global gesehen hat sich dieser Prozess nach dem Ersten Weltkrieg und mit dem Ende des Kolonialismus wiederholt.

Kein Staat ist mehr wert als ein anderer. Kein Land soll ein anderes beherrschen. Kein Volk soll ein anderes unterdrücken. Eben: Die Staaten sind souverän und gleichberechtigt. Ihre Beziehungen beruhen auf Recht, nicht auf Macht.

Aber wie gesagt: Die Schuldenkrise und eine weltweite Rezession verschärfen die Interessensgegensätze. Das lässt die Versuchung wachsen, dass der Grössere den Kleineren nicht länger als ebenbürtigen Partner akzeptiert: Wir stellen fest, dass die Grossen lieber den Kleinen diktieren und befehlen wollen, statt mit ihnen auf Augenhöhe zu verhandeln. Oder dass sie sogar die Rechtsordnung der Kleinen missachten und ihr eigenes Recht mit Druck und Macht für weltweit gültig erklären.

Das macht mir zunehmend Sorge. Denn ich glaube daran, dass die verschiedenen Länder ihre unterschiedlichen Herausforderungen auf verschiedene Art und Weise lösen sollen; so, wie es ihnen entspricht. Ich glaube an den friedlichen Wettbewerb der Volkswirtschaften. Ich glaube an die Vielfalt dieser Welt; an die friedliche Vielfalt souveräner Staaten, die miteinander als gleichwertig verkehren.

Fazit für den Weg der Schweiz

«Alles Grosse und Edle ist einfacher Art» – Die Schweiz ist gut gefahren mit diesem Leitmotiv. Aber manchmal ist es gar nicht so einfach, ihm nachzuleben. Gerade in den internationalen Beziehungen sind Pomp, hehre Erklärungen und hektische Betriebsamkeit verführerisch.

Die Schweiz bleibt auf dem richtigen Weg, wenn sie in den internationalen Beziehungen folgende drei Grundsätze beachtet:

Erstens: Die Schweiz leistet ihren humanitären Beitrag. Er gehört bei uns sogar zu Tradition und Geschichte und ist nach wie vor gefragt. Vor 150 Jahren, 1863, wurde in Genf das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das IKRK, gegründet. Die Schweiz ist Depositärstaat der Genfer Konventionen sowie der Zusatzprotokolle.

Das ist der Weg, den wir weiter gehen wollen – ein freies Land, das mit den andern in Frieden lebt. Aus Anlass des 150-Jahr-Jubiläums des IKRK schlage ich vor, dass die Schweiz die

Genfer Konvention überarbeitet und ergänzt, damit sie die richtige Antwort auf neue Konfliktformen geben kann. Das ist eine aus der Geschichte gewachsene Aufgabe; ein Vermächtnis mit grosser Ausstrahlung auf die Welt.

Zweitens: Wir wollen unabhängig und frei bleiben. Das bewährte Mittel dazu ist unsere immerwährende, bewaffnete Neutralität. Mit einer Milizarmee, die auf der allgemeinen Wehrpflicht aufbaut. Eine bewaffnete Neutralität, die auch glaubwürdig ist und damit ein internationaler Sicherheitsfaktor bildet.

Drittens: Wir bewegen uns als Kleinstaat international immer im Spannungsfeld von

Recht und Macht. Es liegt auch an uns, wie die andern mit uns umgehen. Wir können uns von der Machtpolitik beeindrucken lassen und immer nachgeben, oder wir können auf unser Recht pochen und die eigenen Interessen mit Engagement und Herzblut vertreten.

Ich habe im letzten Sommer ein neues Büro beziehen müssen, weil das Bundeshaus Ost umgebaut wird. Das Büro liegt an einem Platz mit dem Denkmal für den Verteidiger von Murten, Adrian von Bubenbergh. Und auf dem Denkmalsockel steht der Satz: «Solange in uns eine Ader lebt, gibt keiner nach.» Das wäre doch ein Motto für unsere Aussenpolitik!

Viele kleine Staaten haben das gleiche Problem: Dass ihre Rechte ignoriert werden. Und weil die wohlhabende, neutrale Schweiz bei vielen kleinen Ländern grosse Achtung geniesst, haben wir so etwas wie eine Vorbildfunktion. Wenn wir schon eine internationale Rolle suchen, dann diese: Machen wir den grossen Staaten und den internationalen Organisationen klar, dass auch die Kleinen in ihrem Recht zu respektieren sind! Wir haben dazu fast täglich Gelegenheit.

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Änderung der Schiessverordnung

23.01.2013

Der Bundesrat hat die Änderung der Schiessverordnung beschlossen. Mit der Änderung der Schiessverordnung besteht nun für den Einzug von Armeewaffen ein einheitliches und einfaches Vorgehen, was insbesondere auch zur Verbesserung des Schutzes vor Waffenmissbrauch beitragen soll. Die geänderte Schiessverordnung tritt am 1. März 2013 in Kraft.

Die interdisziplinäre Arbeitsgruppe Armeewaffen der Logistikkbasis der Armee LBA, in der

auch kantonale Stellen vertreten waren, hatte u.a. die Aufgabe, Schwachstellen bei der Abgabe und Rücknahme von Armeewaffen zu eruieren. Damit der Einzug von Leihwaffen künftig effizienter erfolgen kann, wird dieser neu geregelt. Analog dem bewährten Ablauf bei der vorsorglichen Abnahme von persönlichen Waffen und Leihwaffen wird für den Einzug von Leihwaffen eine Beauftragung der Kreiskommandanten durch die Logistikkbasis der Armee erfolgen dürfen.

Der direkte Einbezug der Kreiskommandanten hat sich bewährt und es ist sinnvoll und zweck-

mässig bei Bedarf auch bei nicht-vorsorglichen Armeewaffen-Einzügen den Kreiskommandanten damit zu beauftragen. Dieser kann dann die kantonalen Polizeibehörden mit dem Einzug der Leihwaffe beauftragen. Die kantonale Polizeibehörde wird letztlich im Einzelfall die durch die Logistikkbasis der Armee erlassene Verfügung bezüglich Einzug einer Leihwaffe bei Bedarf zwangsweise vollstrecken müssen.

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Bereich Verteidigung

Vielfalt, Wettbewerb und «Resilient Dynamism»

23.01.2013

Referat von Bundespräsident Ueli Maurer anlässlich des World Economic Forum vom 23. Januar 2013 in Davos

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Professor Schwab
Exzellenzen
Meine Damen und Herren

Welcome to Switzerland, welcome to Davos. I would like to welcome you in each of our four national languages:

Bainvgnù quia a Tavo, in quista cuntrada alpina da bellezza. Eu m'ingrazich per Lur visita e giavüsch a tuots ün bel temp e bun divertimaint.

Benvenuti a Davos in questo splendido paesaggio alpino. Vi ringrazio della visita e vi auguro un piacevole soggiorno.

Soyez les bienvenus à Davos et dans son magnifique écrin de sommets alpins. Je vous remercie de votre visite et vous souhaite un agréable séjour en Suisse.

Herzlich willkommen hier in Davos, in dieser wunderbaren Bergwelt. Ich bedanke mich für Ihren Besuch und wünsche Ihnen einen schönen Aufenthalt.

An den verschiedenen Landessprachen sehen Sie, wie vielfältig die Schweiz ist. Diese Vielfalt macht den kulturellen Reichtum unseres Landes aus. Und sie prägt uns auch gesellschaftlich und politisch.

Darum ist die Schweiz ein Bundesstaat, der aus 26 Kantonen besteht.

Nun könnte man vielleicht denken, auf so kleinem Raum wie der Schweiz nochmals 26 kleine Staaten zu haben, das sei nicht gerade effizient. Für unser Land hat sich diese Vielfalt aber als Segen erwiesen. Sie ist der Grund für die «widerstandsfähige Dynamik», für «Resilient Dynamism» der Schweizer Wirtschaft.

Denn Vielfalt führt zu Wettbewerb. Das ist nicht nur in der Wirtschaft so, sondern auch in der Politik. Wir haben einen Wettbewerb zwischen den Gemeinden und zwischen den Kantonen. Wir haben einen landesinternen

Standortwettbewerb. Dieser führt zu guter Infrastruktur, zurückhaltender Reglementierung und zu tieferen Steuern. Davon profitieren Private ebenso wie Unternehmen.

Zum Föderalismus kommt die direkte Demokratie: Das Volk bestimmt die Höhe der Steuern. Das hilft, die Steuerbelastung auf einem vergleichsweise erträglichen Niveau zu halten. Und weil man der Politik hinsichtlich Sparsamkeit nie wirklich trauen darf, ist in unserer Verfassung eine Schuldenbremse verankert. Diese verpflichtet uns, die Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten.

Wettbewerb nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch zwischen den Standorten und eine wetteifernde Vielfalt, eine freiheitliche Ordnung und direkte Demokratie: Das ist das Erfolgsrezept der Schweiz.

Warum spreche ich an einem internationalen Forum über die Schweiz? Weil ich an die Vielfalt glaube. Und an den Wettbewerb. Sowohl innerhalb von Staaten, wie auch zwischen den Staaten.

Nicht nur der Wettbewerb in der Privatwirtschaft, sondern auch der Wettbewerb der Staatssysteme und der Standorte bringt Fortschritt und Wohlstand. Allerdings wird nicht überall danach gehandelt. Denn Wettbewerb ist anstrengend: Die eigenen Rahmenbedingungen zu verbessern ist harte politische Arbeit. Gerade grosse Staaten kommen in Versuchung, darauf zu verzichten. Stattdessen setzen sie ihre kleineren Standort-Konkurrenten unter Druck, damit diese ihre Rahmenbedingungen verschlechtern müssen.

Wenn die Schweiz heute wirtschaftlich im internationalen Vergleich gut da steht, haben wir das unserem freiheitlichen Staatssystem zu verdanken. Ich frage mich: Wäre es nicht

besser, andere Staaten liessen sich von diesem Erfolg inspirieren, als dass sie unsere Ordnung verunglimpfen und bekämpfen?

Der Druck von Mächtigen auf kleine, aber erfolgreiche Konkurrenten gibt mir zu denken. Denn damit wird der Wettbewerb, der Motor des Fortschritts, abgewürgt. Letztlich gibt es Wohlstandseinbussen für alle. Selbst die grossen Staaten sind nur vorübergehende Gewinner. Wenn der Wettbewerb der Systeme und der Standorte fehlt, werden die Staaten träger und träger – bis jeder Reformwille erlahmt.

Ich bin überzeugt: Die widerstandsfähige Dynamik, der das diesjährige Forum gewidmet ist, kann ohne friedlichen Wettbewerb der Standorte nicht erreicht werden.

Ich wünsche Ihnen einen inspirierenden Gedankenaustausch hier am WEF und dabei etwas Musse, um nebst den Vorträgen und Gesprächen auch noch unsere wunderbare Bergwelt zu geniessen! Sollte Ihnen dazu die Zeit fehlen, kann ich Sie versichern, dass die Schweiz auch als Touristendestination einen hervorragenden Ruf hat ...

Ich danke Ihnen!

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Finanzkommission unterstützt Gripen-Kauf

Finanzkommission des Ständerates

Die Finanzkommission des Ständerates hat mit Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf die Ziele des Eidgenössischen Finanzdepartements für das Jahr 2013 diskutiert. Im Rahmen des Mitberichtsverfahrens hat sie ausserdem die finanziellen Aspekte der Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen geprüft und sich mit dem Aktionsplan «Koordinierte Energieforschung Schweiz» befasst.

Jahresziele 2013 des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Um ihr Programm für das Jahr 2013 festlegen zu können, hat sich die Finanzkommission des Ständerates (FK-S) noch einmal mit den in Band II der Jahresziele 2013 des Bundesrates veröffentlichten Zielen des EFD befasst. Die Erläuterungen der Vorsteherin des EFD, Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, haben aufgezeigt, welchen finanzpolitischen Herausforderungen sich der Bund im Jahr 2013 und mittelfristig zu stellen hat. Ausserdem wurden das Neue Führungsmodell Bund (NFB) und die finanziellen Auswirkungen der geplanten Unternehmenssteuerreform III diskutiert.

Mitbericht zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Rüstungsprogramm 2012 und Gripen-Fondsgesetz), (12.085 s)

Im Rahmen des Mitberichtsverfahrens hat die Kommission zu den finanziellen Aspekten des Bundesbeschlusses über die Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Rüstungsprogramm 2012) sowie zum Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflug-

zeugs Gripen (Gripen-Fondsgesetz) Stellung genommen. Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) präsentierte der Kommission die Rahmenbedingungen des Vorhabens (Entstehungsgeschichte, Auswahlkriterien, Rolle Schwedens bei den Verhandlungen) und erläuterte im Anschluss daran ausführlich den Finanzierungsmechanismus. In der darauffolgenden Diskussion zeigte sich die Kommission besorgt wegen des geringen Handlungsspielraums, der für notwendige Investitionen in anderen Bereichen der Verteidigung bleibt, wenn der hohe Betrag von 3,126 Milliarden Franken allein für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge aufgewendet wird.

Lebhaft diskutiert wurden ausserdem die Auswirkungen des Gripen-Kaufs auf den Bundeshaushalt, die jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten, die Kompensationsgeschäfte und ihre Verteilung auf die Regionen sowie die Folgen einer allfälligen Ablehnung des Kaufs durch das Schweizer Stimmvolk in einem Referendum. Die Kommission hat letztlich mit 7 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, der Sicherheitspolitischen Kommission die Annahme der Bundesratsvorlage zu empfehlen. Darüber hinaus befürwortet sie einstimmig den vorgesehenen Finanzierungsmechanismus, den «Gripen-Fonds». Sie hat den Bundesrat allerdings aufgefordert, klar und deutlich zu kommunizieren, dass eine Ablehnung des Gripen-Fondsgesetzes durch das Volk gleichbedeutend ist mit dem Scheitern des Rüstungsprogramms 2012 und des Gripen-Kaufs. Die Kommission unterbreitet ihre Überlegungen der SiK-S in Form eines Mitberichts. Letztere wird die eigentliche inhaltliche Beratung des Geschäfts an ihrer Sitzung vom 21. Februar 2013 vornehmen.

Mitbericht zum Aktionsplan «Koordinierte Energieforschung Schweiz». Massnahmen in den Jahren 2013–2016 (12.079 ns)

Im Rahmen des Mitberichtsverfahrens hat die Kommission zum Aktionsplan «Koordinierte Energieforschung Schweiz» und den diesbezüglichen Massnahmen für die Jahre 2013–2016 Stellung genommen. Die Finanzkommission befürwortet grundsätzlich die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen, zeigt sich jedoch aber in Bezug auf die Finanzierung der Massnahmen im Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) skeptisch. In diesem Zusammenhang hat sie mit 5 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen einen Antrag angenommen, der eine Erhöhung des Zahlungsrahmens für den ETH-Bereich um 60 Millionen Franken verlangt. In ihren Augen sollte dieser Teil der Vorlage über eine reale Mittelerrhöhung und nicht wie vom Bundesrat vorgesehen über eine Ressourcenverlagerung via Zweckbindung innerhalb der ETH finanziert werden. Mit dieser vorgeschlagenen Änderung wird ihrer Meinung nach dem Willen des Parlamentes entsprochen, das sich bei der Prüfung der BFI-Botschaft (12.033 s) klar für eine Aufstockung der Mittel zugunsten der ETH ausgesprochen hatte.

Die Kommission hat unter dem Vorsitz von Jean-René Fournier (CVP/VS) und teils in Anwesenheit von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements, sowie Vertretern ihres Departements sowie Vertretern des VBS und des WBF am 24. Januar 2013 in Bern getagt.

Bern, 25. Januar 2013 Parlamentsdienste

Den Opfern zum Gedenken

27.01.2013

Botschaft des Bundespräsidenten Ueli Maurer zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust.

Der 27. Januar wurde von der Generalversammlung der UNO zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust bestimmt. Der Tag steht zur Erinnerung an furchterliche Verbrechen und unfassbares Leid, wie auch als Mahnung an alle, uns immer totalitären und undemokratischen Tendenzen entgegenzustellen und uns für eine freie, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung einzusetzen.

Am 10. Oktober 2010 besuchte ich die Yad Vashem-Gedenkstätte in Jerusalem. In der

«Halle der Erinnerung» entzündete ich erneut die Gedenkflamme für die Opfer des Holocaust und legte einen Blumenkranz zu Ehren der Opfer nieder. Anschliessend schrieb ich die Worte «Nie wieder!» ins Ehrenbuch des Museums.

Den Opfern gilt mein Gedenken

Die Schweiz war in jener dunklen Epoche des europäischen Kontinents dank dem Einsatz einer ganzen Generation mutiger Frauen und Männer ein Land der Freiheit und des Rechts geblieben. Unser Volk hat damals trotz immensen Druck des Auslandes die Kraft gefunden, den eigenen, unabhängigen Weg fortzusetzen.

So wurde die Schweiz für viele Bedrohte und Verfolgte zur rettenden Insel.

Dieser Generation gilt mein Dank

Ich freue mich, am 8. Mai an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes teilzunehmen und im persönlichen Austausch mit Vertretern der jüdischen Bevölkerung den Blick zurück in unsere gemeinsame Geschichte wie auch vorwärts in unsere gemeinsame Zukunft in Freiheit zu richten.

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Anerkennung der Armee als Ausbildungsstätte für amtliche Tierärzte

22.01.2013 | Kompetenzzentrum Veterinärdienst und Armeetierte

Der Veterinärdienst der Armee ist zusammen mit dem Kdo Kompetenzzentrum Veterinärdienst und Armeetierte seit Herbst 2012 als Praktikumsbetrieb für angehende amtliche Tierärzte anerkannt. 60 der insgesamt 80 obligatorischen Praktikumstage können in der Armee absolviert werden.

Diese Anerkennung bedeutet eine signifikante Attraktivitätssteigerung der Ausbildungsstätte Armee und damit der Veterinärarztoffiziersausbildung. Sie bestätigt die Akzeptanz des Leistungsausweises der Armee beim Bundesamt für Veterinärwesen sowie den kantonalen Veterinärämtern und ist sicherlich auch das Ergebnis einer vertieften und engen Zusammenarbeit im Bereich Veterinärdienst Schweiz / koordinierter Veterinärdienst. Im Sinne der One-Health Strategie bildet diese übergreifende Zusammenarbeit eine wichtige Grundlage.

Während der Veterinärarztoffiziersschule (Vet Az OS) werden gemäss Lehrplan viele amtliche Tätigkeiten integral ausgebildet. Schon mit der vollständigen Absolvierung der Vet Az OS erhalten angehende Veterinärarztoffizier (Vet Az Of) 22 Praktikumstage angerechnet. Je nach Verwendung im praktischen Dienst (Seuchenbekämpfung, Tierschutzkontrollen, Lebensmittelhygienekontrollen, etc) werden während des ordentlichen Militärdienstes weitere Praktikumstage gutgeschrieben. Ist der Vet Az Of in seiner Einteilungsformation ebenfalls im amtlichen Bereich tätig (Lebensmittelhygieneinspektorat der Armee, Seuchenbekämpfung

oder weitere amtliche Verwendungen), werden auch dort laufend Praktikumstage addiert. Zusammenfassend bedeutet dies, dass Vet Az Of während ihrer Ausbildung und in Wiederholungskursen mit der Ausübung ihrer Funktion automatisch obligatorische Praktikumstage absolvieren und diese anerkennen lassen können.

Will der Vet Az Of die Ausbildung zum amtlichen Tierarzt beschleunigt und gänzlich in der Armee erfüllen, setzt er zusätzlich das fakultative militärische Praktikum (103 Tage) dafür ein. Er besucht während dieser Zeit die amtstierärztlichen Ausbildungskurse (26 Tage + 2 Prüfungstage) sowie die nach der Vet Az OS und dem praktischen Dienst noch nicht getätigten Praktikumstage für die amtstierärztliche Ausbildung.

Ausbildungsinhalte, welche die Armee nicht vermitteln kann, können im Rahmen dieses fakultativen militärischen Praktikums in einem zivilen kantonalen Veterinäramt bzw einem

anerkannten Schlachtbetrieb abgeschlossen werden. Der Vet Az Of ist somit in der Lage, alleine mit seiner Grundausbildung, dem Abverdienen seines Grades sowie des besoldeten Praktikums die gesamte amtstierärztliche Ausbildung zu absolvieren.

Diese Kooperation zwischen ziviler und militärischer Ausbildung bringt beiden Seiten einen grossen Mehrwert. Die Armee erhält mit einem amtlichen Tierarzt eine fachkompetente Person, die entsprechend ihrer Spezialausbildung in verschiedenen militärischen amtlichen Bereichen zwingend ist. Die zivile Seite gewinnt Amtstierärzte, die über eine fundierte Grundausbildung und praktische Einsatzerfahrung verfügen. Im zivilen wie militärischen Gesundheitssektor (Veterinary Public Health) werden das Wissen und die Fertigkeiten von Amtstierärzten in der täglichen Arbeit immer wichtiger.

Überprüfung der Abrüstungen und verschärfte Kontrollen bei den Leihwaffen: Armee hat rund 11 700 Waffen eingezogen

01.02.2013

In den vergangenen 18 Monaten hat die Armee die Abrüstungen aus den Jahren 2006 bis 2011 überprüft und konsequent gehandelt, wenn Leihwaffenbesitzer die Vorschriften nicht eingehalten haben. Daraus ergaben sich rund 11 700 Waffenrückzüge. Im März 2012 wurden aufgrund von Lücken in Datensätzen der persönlichen Ausrüstung rund 27 000 ordentlich entlassene ehemalige Angehörige der Armee aufgefordert, ihr

Dienstbüchlein einzuschicken. Dank dieser Arbeiten sind bis Ende Januar 2013 insgesamt 33 Armeewaffen eingezogen worden.

Die Armee unternimmt alles, um Ordnung zu schaffen und mögliche Missbräuche mit der persönlichen Waffe und der Leihwaffe zu verhindern. Zwei der wichtigsten Massnahmen dabei sind die Überprüfung von Personaldossiers aus den Jahren 2006 bis 2011 und der konsequenten Einzug von Leihwaffen, wenn Vorschriften missachtet werden.

Seit Mitte 2011 bis heute hat die Armee insgesamt rund 309 000 Dossiers aus Abrüstungen der Jahre 2006 bis 2011 überprüft. Ebenso wurde Besitzern von Leihwaffen die Waffen eingezogen, wenn sie die Vorschriften nicht eingehalten haben. Als Folge davon wurden rund 11 700 Waffen eingezogen. Bei der überwiegenden Mehrzahl davon handelt es sich um Leihwaffen.

Im März 2012 wurden aufgrund von Lücken in Datensätzen der persönlichen Ausrüstungen rund 27 000 zwischen 2006 und 2011 ordentlich entlassene ehemalige Angehörige der Armee aufgefordert, ihr Dienstbüchlein einzuschicken. Bis zum ursprünglich geforderten Termin Ende Mai 2012 hatten 6000 nicht reagiert und waren 4000 Briefe unzustellbar.

Während mehrerer Monate wurde die Adressprüfung mit vier Vollzeitstellen in Bern und in den Fachstellen der Armeelogistikcenter verstärkt vorangetrieben und auf Wohnbehörden und Poststellen ausgeweitet. So konnten über 3000

bis dahin unbekannte Adressen eruiert werden.

Bis zum 31. Januar 2013 konnten bei insgesamt 22 592 ehemaligen Angehörigen der Armee die Daten bereinigt werden. Dank dieser Arbeiten sind bis Ende Januar 2013 insgesamt 33 Armeewaffen eingezogen worden. 865 Adressen sind noch unbekannt. Es handelt sich dabei um die Adressen von Personen, die in keiner Gemeinde mehr registriert sind, teilweise bevormundet oder verstorben sind. 4197 Angeschiedene haben bisher trotz mehrmaliger schriftlicher Aufforderung nicht reagiert. Die noch nicht vollständigen Datensätze dieser Personen werden weiterbearbeitet.

Unterstützung von den Kantonen

Die bewährte Kooperation mit den Kantonen und den kantonalen Kreiskommandanten wird auch diesbezüglich fortgesetzt; die Kantone unterstützen auch beim Einzug von Waffen. Ebenfalls konnte der Datenaustausch zwischen

dem EJPD/fedpol und dem VBS optimiert werden. Im Schiesswesen wurden die Vorschriften verschärft und Schiessfunktionäre, welche der Armee zugewiesen sind, werden einer Personensicherheitsprüfung unterzogen.

Hotline für Fragen zu Waffen der Armee weiterhin im Betrieb

Weiterhin im Betrieb ist die Mitte 2012 eingerichtete zentrale Ansprechstelle zum Thema Armeewaffen: Unter der Telefonnummer +41 31 324 57 00 oder über die E-Mail-Adresse armee Waffen@vtg.admin.ch werden Fragen zur Abgabe/Rücknahme der persönlichen Ausrüstung, zur persönlichen Waffe und zur Leihwaffe beantwortet.

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Bereich Verteidigung
Logistikbasis der Armee

40 neue Radlader für die Schweizer Armee

Bern, 05.02.2013 – Die Firma Avesco AG aus Langenthal hat von armasuisse den Auftrag erhalten, 40 Caterpillar Radlader 930K an die Schweizer Armee zu liefern. Die Maschinen erfüllen strengste Umweltgesetzgebungen bezüglich Abgasnormen und Vorgaben beim Gewässerschutz.

Die Beschaffung wurde nötig, da das Vorgängermodell FAUN F-1310 das Ende seiner Nutzungsdauer erreicht hat und ersetzt werden muss. Die in der Umgangssprache «Trax» genannten Maschinen werden für Erdbewegungen eingesetzt, beim Heben schwerer Lasten oder beim Planieren von Strassen. Im Rüstungsprogramm 2010 hatte das Parlament dafür einen 15 Millionen Franken Kredit gesprochen.

Die Firma Avesco AG aus Langenthal erhielt den Auftrag im Zuge einer WTO-Ausschrei-

bung und infolge des wirtschaftlich günstigsten Angebots. Vorausgegangen waren umfassende technisch-logistische Abklärungen und Truppentests. Die 40 Caterpillar Radlader werden künftig durch Genietruppen und Formationen der Katastrophenhilfe sowie der Logistikbasis der Armee (LBA) genutzt.

Das neue System verfügt über einen anbaubaren Grader, integriertes Wiegesystem, Universalschaufel, Palettengabel und einen Kranarm. Aufgrund der robusten Bauweise, hoher Ausbrechkraft, einfacher Bedienung, niedrigem Geräuschpegel und ökonomischer Kraftstoffausnutzung erfüllt der Cat 930K die Bedürfnisse der Schweizer Armee optimal.

Hinzukommt die Erfüllung sehr hoher Umweltschutzbestimmung. Die Dieselmotoren verfügen über Partikelfilter und es werden biologisch abbaubare Hydrauliköle einge-

setzt. Ab Sommer 2013 werden die 40 neuen Radlader der Schweizer Armee für Ausbildungs- und Wiederholungskurse in Brugg zur Verfügung stehen.

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Internet: <http://www.vbs.admin.ch>



22 neue Generalstabsoffiziere für die Schweizer Armee

01.03.2013

Der Kommandant der Generalstabsschule, Brigadier Daniel Lätsch, promovierte heute in der Luzerner Pauluskirche 22 Anwärter zu Generalstabsoffizieren der Schweizer Armee. Der Stellvertreter Chef der Armee, Korpskommandant Dominique Andrey, begrüßte die Promovierten im Korps der Generalstabsoffiziere. An der Feier nahmen zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und Armee teil.

Zum Abschluss der intensiven achtwöchigen Grundausbildung an der Generalstabsschule in Kriens setzt die Promotion zum Generalstabsoffizier ein wichtiger Markstein für die Karriere der 22 Offiziere. Die jungen Kadereute sind nun für anspruchsvolle Führungs- und Managementaufgaben in den höheren Stäben der Schweizer Armee vorgesehen. Die erworbenen Kompetenzen bilden auch für Wirtschaft und Gesellschaft einen anerkannten Mehrwert.

Die anforderungsreiche Generalstabsausbildung ist einer ausgesuchten Gruppe von Miliz- und Berufsoffizieren vorbehalten. Sie wurden unter vielen Anwärtern auf ihre Eignung hin beurteilt und für diesen Lehrgang empfohlen. Mit dem Bestehen des Generalstabslehrgangs II (GLG II) ist die Ausbildung jedoch nicht beendet. Nach einigen Jahren Einsatz wird die Grundausbildung mit dem Bestehen des GLG III abgeschlossen. Einige Absolventen werden mit dem Besuch der

Generalstabslehrgänge IV und V ihre Ausbildung weiterführen und damit auf eine höhere Kaderfunktion vorbereitet.

Die Höhere Kaderausbildung HKA ist der anerkannte Hauptanbieter für die Führungs- und Stabsausbildung der Milizkader sowie für die Ausbildung der Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere der Schweizer Armee. Als Kompetenzzentrum für militärische Führungsausbildung und militärwissenschaftliche Forschung erbringt die HKA ihre Leistungen schweremässig für die Armee, in Partnerschaft mit den anderen Trägern der Nationalen Sicherheitskooperation und zivilen Bildungsorganisationen.

Herausgeber:

Edgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Höhere Kaderausbildung der Armee

Maj i Gst	Mathys Ronny	FST A	8625	Gossau ZH
Maj i Gst	Rothen Thomas	FST A	3257	Grossaffoltern BE
Maj i Gst	Salamin Dirk	Ter Reg 1	3960	Sierre VS
Maj i Gst	Fell Marco	Ter Reg 3	8802	Kilchberg ZH
Hptm i Gst	Kocher Roman	Ter Reg 4	2558	Aegerten BE
Maj i Gst	Galliker Philipp	Inf Br 2	6287	Aesch LU
Maj i Gst	Joly Nicolas	Inf Br 2	2013	Colombier VD
Maj i Gst	Amiet Lorenz	Inf Br 5	4058	Basel BS
Maj i Gst	von Wartburg Emanuel	Inf Br 5	4600	Olten SO
Maj i Gst	Disch Jean-Nicolas	Geb Inf Br 9	6390	Engelberg OW
Maj i Gst	Stirnemann André	Geb Inf Br 9	6206	Neuenkirch LU
Maj i Gst	Bänziger Daniel	Geb Inf Br 12	3612	Steffisburg BE
Maj i Gst	Eberhard Linus	Geb Inf Br 12	8032	Zürich ZH
Maj i Gst	Sommer Adrian	Pz Br 1	7208	Malans GR
Maj i Gst	Streit Pierre	Pz Br 1	1580	Avenches VD
Maj i Gst	Dubach Colin	Pz Br 11	3612	Steffisburg BE
Maj i Gst	Ettlin Diego	Pz Br 11	8634	Hombrechtikon ZH
Maj i Gst	Gantenbein Corina	Pz Br 11	6055	Alpnach Dorf OW
Maj i Gst	Steiner Mathias	LW Stab	1595	Faoug VD
Maj i Gst	Arn Josua	Stab LT Geschw 3	9630	Wattwil SG
Maj i Gst	Ramoni Emerson	Log Br 1	6672	Gordevio TI
Maj i Gst	Grimm Micha	FU Br 41	3714	Frutigen BE

Das Parlament will die Wehrpflicht beibehalten

Das Parlament will wie der Bundesrat an der allgemeinen Wehrpflicht festhalten. Der Ständerat empfiehlt wie der Nationalrat ein Nein zur Volksinitiative für die Aufhebung der Wehrpflicht. Das letzte Wort hat nun das Stimmvolk. Einen Gegenvorschlag gibt es nicht.

05.03.2013 | SDA

Der Ständerat beschloss die Ablehnung zur Volksinitiative der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) am Dienstag mit 34 gegen 7 Stimmen. Nur mit einer allgemeinen Wehrpflicht stünden der Armee weiterhin genügend Ressourcen und ziviles Wissen zur Verfügung, lautete der Tenor der bürgerlichen Mehrheit.

Stückweise Demontage der Armee

Peter Bieri (CVP/ZG) nannte die Initiative staatspolitisch gefährlich: «Es geht darum, der Armee das Fundament des guten Humankapitals zu entziehen.» Alex Kuprecht (SVP/SZ) sprach von einer stückweisen Demontage der Armee. «Mit der Sicherheit darf und kann nicht gespielt werden», hielt Urs Schwaller (CVP/FR) fest.

Thema war auch der bevorstehende Abstimmungskampf. Gewisse Voten erinnerten an den kalten Krieg oder seien «Copy-Paste-Varianten» der Voten aus der Armeedebatte der achtziger Jahre, konstatierte Anita Fetz (SP/BS). «Wenn Sie in diesem Ton in die Abstimmung

gehen, mobilisieren Sie sämtliche Gegner der Armee nochmals.»

Die Sinnfrage müsse im Abstimmungskampf vor allem jungen Menschen verständlich gemacht werden, hielt Paul Niederberger (CVP/NW) fest. Werner Luginbühl (BDP/BE) forderte: «Der Abstimmungskampf muss auch dazu dienen, die Wirtschaft an ihre Verantwortung zu erinnern.» Stabilität als Standortvorteil der Schweiz komme nicht von selbst.

«Problematische Selektion»

Eine rot-grüne Minderheit der sicherheitspolitischen Kommission (SIK) hätte die Initiative annehmen wollen. Vertreter Roberto Zanetti (SP/SO) sprach die problematische Selektion an, die sich bei einer Milizarmee ebenso stellten wie bei der Freiwilligenarmee. Die Armee brauche heute weniger Männer als diensttauglich seien.

Er fragte sich deshalb, wer denn die Wehrpflicht noch erfüllen solle: «Übermotivierte Rambos, besonders Pflichtbewusste und Gemeinschaftsorientierte, Perspektivenlose oder einfach die Gutmütigen und Tollpatschen?» Er hätte sich einen Gegenvorschlag mit einem «klug konzipierten Dienstpflichtmodell» gewünscht.

Es fehle der Wille, sich mit echten Alternativen zur Wehrpflicht auseinanderzusetzen, stellte This Jenny (SVP/GL) fest und verwies wie schon Zanetti auf eine allgemeine Dienstpflicht – auch für Frauen. Sie stärke das

Bewusstsein für Freiwilligenarbeit. Die allgemeine Wehrpflicht sei doch nur noch eine «Phantompflicht».

Skepsis gegenüber allgemeiner Dienstpflicht

Verteidigungsminister Ueli Maurer zeigte sich skeptisch gegenüber einer allgemeinen Dienstpflicht. Mit einer solchen laufe man Gefahr, Freiwilligkeit als erfüllte Dienstpflicht zu betrachten und damit die Freiwilligenarbeit letztlich zu schwächen, gab er zu bedenken. Ausserdem stellten sich Abgrenzungsfragen.

Zur Wehrgerechtigkeit sagte Maurer, dass in den vergangenen 30 Jahren jeweils rund 80 Prozent eines Jahrgangs Dienst in der Armee oder im Zivildienst hätten leisten können. Dieser Anteil habe sich nur wenig verändert. «Man kommt nicht einfach vom Dienst weg.»

Der Nationalrat hatte die Initiative mit 121 zu 56 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt. Gescheitert waren in der grossen Kammer auch zwei Anträge, der Initiative einen Gegenvorschlag entgegen zu stellen. Ein Vorschlag sah einen für Männer obligatorischen Bürgerdienst vor, der andere die Wahl zwischen Militär und zivilem Ersatzdienst.

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) hatte ihre Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» im Januar 2012 mit knapp 107 000 gültigen Unterschriften eingereicht